Kriegstüchtig – der Zug fährt wieder

Zugesandt von Robert „Tschöbi“ Steiger
Gastbeiträge geben die persönliche Sicht ihrer Autoren wieder und müssen sich nicht in allen Punkten mit der Haltung des Schweizerischen Vereins WIR decken. Wir veröffentlichen sie, weil sie Denkanstösse liefern und zur öffentlichen Diskussion beitragen.

Wer historische Entwicklungen nur als abgeschlossene Vergangenheit betrachtet, übersieht leicht jene Mechanismen, die sich unter neuen Vorzeichen wiederholen können. Sprache verändert sich. Prioritäten verschieben sich. Was gestern noch aussergewöhnlich war, wird Schritt für Schritt zur Normalität.

Geschichte ist mehr als Erinnerung. Sie kann ein Frühwarnsystem sein.

Robert «Tschöbi» Steiger setzt sich in seinem Gastbeitrag mit genau dieser Frage auseinander. Ausgangspunkt ist die aktuelle Debatte um «Kriegstüchtigkeit» in Deutschland. Seine Überlegungen reichen jedoch weit darüber hinaus und betreffen die Verantwortung jedes Bürgers – gerade auch in einer direkten Demokratie wie der Schweiz.

Für Leserinnen und Leser, die sich vertieft mit seinen Gedanken befassen möchten, stellen wir neben der Kurzfassung auch den vollständigen Beitrag mit Quellen und weiterführenden Hinweisen als PDF zur Verfügung.

Kriegstüchtig – der Zug fährt wieder

Deutschland als Fallbeispiel: Was geschieht, wenn Kriegsvorbereitung zur politischen, wirtschaftlichen und mentalen Normalität wird?

Von Robert «Tschöbi» Steiger, dem “Alpen-Gallier”

Ich bin kein Historiker, kein General und kein Sicherheitspolitiker. Ich bin ein besorgter Bürger, der beobachtet, ***wie aus dem angeblich Undenkbaren zuerst eine Möglichkeit, dann eine Notwendigkeit und schliesslich eine Pflicht***

***werden kann**. Dieser Text setzt die Gegenwart nicht mit 1914 oder 1933 gleich und bestreitet nicht das Recht eines Staates auf Verteidigung. Er fragt nach wiederkehrenden Mechanismen: Feindbild, Dringlichkeit, Ausnahmefinanzierung, Machtverlagerung, industrielle Interessen, Gruppendruck und die Gewöhnung der Mehrheit an eine Richtung, die anfangs kaum jemand ausdrücklich gewählt hat.*

Warum Deutschland?

Deutschland handelt nicht allein. Die Entwicklung ist Teil einer breiteren europäischen Aufrüstung und der sogenannten «Koalition der Willigen». Deutschland bleibt dennoch das zentrale Fallbeispiel: weil seine politische Führung ausdrücklich von «Kriegstüchtigkeit» und einem gesellschaftlichen Mentalitätswandel spricht, weil sein repräsentatives System Verantwortung über lange institutionelle Ketten verteilt und weil seine Geschichte besonders eindringlich zeigt, wohin Feindbilder, Gehorsam, Arbeitsteilung und die Abgabe persönlichen Gewissens führen können. Es geht nicht um deutsche Alleinverantwortung, sondern um einen Mechanismus, der weit über Deutschland hinausreicht.

Der Richtungswechsel ist öffentlich

Verteidigungsausgaben werden massiv erhöht, Kreditregeln angepasst, Rüstungsproduktion und Beschaffung beschleunigt. Politik, Bundeswehr, Forschung und Industrie sollen enger zusammenarbeiten. Jede einzelne Massnahme lässt sich mit Abschreckung und Schutz begründen. Zusammen richten sie jedoch Finanzen, Industrie, Verwaltung, Forschung, Infrastruktur und öffentliche Sprache zunehmend auf einen militärischen Planungshorizont aus.

«Verteidigungsfähig» bezeichnet einen begrenzten Zweck: einen Angriff verhindern oder abwehren. «Kriegstüchtig» erklärt dagegen den Krieg selbst zum Massstab der Tüchtigkeit. **Was eine Gesellschaft ständig plant, finanziert, übt und sprachlich normalisiert, erscheint irgendwann nicht mehr als Ausnahme, sondern als realistische Handlungsoption.**

Verantwortung wird delegiert

Im deutschen System der repräsentativen Demokratie wählen die Bürger Personen und Parteien; Regierung, Parlament und Ministerien legen danach die Richtung fest,

Verwaltungen, Fachgremien und Unternehmen setzen sie um. Das ist demokratisch legitim. Doch je länger die Kette zwischen Bürger und Entscheidung, desto leichter verdünnt sich persönliche Verantwortung.

- Der Bürger sagt: Ich habe nur gewählt.
- Der Abgeordnete: Die Fraktion hat entschieden.
- Der Beamte: Ich vollziehe das Gesetz.
- Der Unternehmer: Ich erfülle einen Auftrag.
- Der Soldat: Ich befolge einen Befehl.

So können – nicht zwangsläufig, aber besonders leicht – zwei einander ergänzende Rollen entstehen: **oben der Funktionär, der Verfahren, Apparate, Budgets und Sprache beherrscht; unten der delegierende Bürger, der arbeitet, zahlt, privat schimpft und Verantwortung abgibt.**

Selbstverwaltung, Vertuschungsdruck und Eskalation

Rüstung kann der Abschreckung dienen. Sie schafft zugleich Fabriken, Arbeitsplätze, Lieferketten, Forschungsprogramme, Kapitalinteressen und politische Abhängigkeiten. Was aufgebaut wird, braucht Auslastung; was dauerhaft finanziert wird, braucht dauerhaft Begründungen. Bedrohung erzeugt Budget. Budget erzeugt Strukturen. Strukturen erzeugen Abhängige und Profiteure. Diese erzeugen Druck zur Fortsetzung.

Hier verbindet sich die Kriegsfrage mit der Selbstverwaltung des Staates. Fehler, Krisen und Ineffizienz führen nicht mehr selbstverständlich zu Korrektur und Rückbau, sondern zu neuen Zuständigkeiten, Regeln, Mitteln und Rechtfertigungen. Je mehr politische Glaubwürdigkeit, Karrieren und Milliarden an einem Kurs hängen, desto grösser wird die Gefahr, Fehlannahmen und Misserfolge nicht offen zu bilanzieren, sondern umzudeuten, zu relativieren oder durch weitere Massnahmen zu verdecken.

Vertuschung muss dabei nicht als geheimer Plan beginnen. **Sie kann als systemischer Druck entstehen: Verantwortung wird verdünnt, Kosten werden unsichtbar gemacht, Kritik wird moralisch eingeordnet und die äussere Bedrohung erklärt zunehmend auch das innere Versagen.** Wahrheit wird gefährlich, sobald sie Rückbau erzwingen, Verantwortlichkeiten klären und

Macht kosten würde. Dann wachsen Dauerkrise, Feindbild und Notstandslogik – und damit die Eskalationsgefahr.

Geschichte ist ein Frühwarnsystem

Das heutige Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat. Wer es mit 1933 gleichsetzt, verharmlost die damaligen Verbrechen. Historische Wachsamkeit fragt aber, ob bekannte Mechanismen erneut sichtbar werden: moralische Zweiteilung, Dringlichkeit, Ausnahmefinanzierung, beschleunigte Verfahren, enge Verbindungen zwischen Staat und Rüstungswirtschaft sowie die Abwertung des Zweifels als unsolidarisch oder gefährlich.

> Das Böse braucht nicht die Begeisterung aller. Es braucht genügend Überzeugte – und genügend gewöhnliche Menschen, die gehorchen, profitieren, schweigen oder wegsehen.

Erinnerung ist deshalb nicht Rückschau. Erinnerung ist politische Vorsorge.

Die Verantwortung des Bürgers

Die direkte Demokratie der Schweiz enthält zusätzliche Korrekturinstrumente: Der Souverän zahlt nicht nur, er kann auch in Sachfragen entscheiden. Sie ist deshalb aber nicht automatisch überlegen und schützt sich nicht selbst. Initiative, Referendum und Föderalismus wirken nur, wenn Bürger sich informieren, abstimmen, widersprechen und ihr Gewissen nicht an Partei, Amt, Experten, Mehrheit oder angebliche Alternativlosigkeit delegieren.

Wer Frieden will, darf Verteidigungsfähigkeit nicht mit Wehrlosigkeit verwechseln. Er darf aber ebenso wenig zulassen, dass Abschreckung zur unbegrenzten politischen und wirtschaftlichen Mobilisierung wird. Aufrüstung braucht transparente Ziele, Kosten, zeitliche Grenzen und Rückbaukriterien. Diplomatie und Deeskalation müssen ebenso ernsthaft verfolgt werden wie militärische Fähigkeiten. Zweifel an Strategie und Eskalation sind kein Verrat, sondern demokratische Pflicht.

Der Zug steht noch nicht im Krieg. Aber die Weichen werden finanziell, industriell,

administrativ und zunehmend mental gestellt. **Noch können sie verändert werden – jedoch nicht, indem der Bürger seine Verantwortung abgibt und der Apparat sich selbst kontrolliert. Ja, ich mache mir Sorgen – sehr!**

Der vollständige Beitrag mit Quellen, historischen Ausführungen und dem Anhang «Vom Mitläufer zum Täter» vertieft diese Gedanken und dokumentiert die zugrunde liegenden Beispiele.

21.7.2026 SGR